



Presseschau vom 07.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Hysterie, die vom offiziellen Washington und den US-Medien geschürt wird, schadet laut Kremlsprecher Dmitri Peskow den Beziehungen zwischen Russland und den USA.

„Es ist an der Zeit, dass sich jemand in den USA fragt: Sind wir denn so schwach, dass sich jedes beliebige Land in unsere Angelegenheiten einmischen und unser Wahlsystem beeinflussen kann?“, sagte Peskow im CNN-Interview und wies außerdem jede Verwicklung der russischen Behörden in Cyberattacken auf US-Institutionen zurück.

Russland sei daran interessiert, in Washington einen berechenbaren Partner für einen Dialog zu haben, betonte der Präidentensprecher. Der Kreml bedauere es, dass derzeit keine „komfortablen Bedingungen für einen Dialog“ gegeben seien.

„Das ist emotionaler Extremismus – die Versuche, Russland als ‚toxisches‘ Land, den russischen Botschafter als ‚toxischen‘ Botschafter darzustellen“, betonte Peskow.

Zuvor hatten Vertreter der Demokratischen Partei den Rücktritt des US-Justizministers Jeff Sessions gefordert, weil dieser angeblich über seine Treffen mit dem russischen Botschafter Sergej Kisljak unter Eid gelogen habe. CNN hatte am 1. März von den angeblichen Kontakten zwischen Sessions mit Kisljak berichtet. Das Treffen fand laut dem Sender noch vor den US-Präsidentenwahlen statt. Session hat die Kontakte zu dem russischen Diplomaten in seiner Anhörung vor dem Senat jedoch verneint.

Zudem drängen die oppositionellen Demokraten darauf, dass angebliche Kontakte zwischen

Trumps Wahlkampfteam und russischen Geheimdienstvertretern von einem unabhängigen Staatsanwalt untersucht würden. US-Präsident Donald Trump nahm später seinen Justizminister in Schutz und sagte, er vertraue ihm völlig. Die ganze Situation um den russischen Botschafter bezeichnete Trump als Hexenjagd.

Die angeblichen Kontakte mit dem russischen Botschafter scheinen der Trump-Administration zurzeit viele Probleme zu bereiten. Mitte Februar war Trumps Sicherheitsberater Michael Flynn wegen Kontakten zu Kisljak entlassen worden. Nun könnte es auch für Trumps Schwiegersohn und engsten Berater Jared Kushner eng werden: Laut US-Medienberichten hatte auch er dem Treffen mit Kisljak beigewohnt.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **10 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Kalinowka, Kalinowo, Annowka, Smeloje**.

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen 3u-23-2, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Die Ortschaften **Jasnoje** und **Jelenowka** haben teilweise keinen Strom. In Dokutschajewsk sind vier Häuser in der Schtschorse-, Pobeda- und Lenin-Straße beschädigt“, teilte der Bürgermeister von Dokutschajewsk Alexandr Katschanow mit.

Er merkte an, dass auf der Walow-Straße in **Dokutschajewsk** eine Gasleitung beschädigt wurde. Informationen über Verletzte in der Folge der Beschüsse sind nicht eingegangen.

„Das Dorf **Luganskoje** wurde in der Nacht von der ukrainischen Seite beschossen. Drei Häuser und eine Stromleitung wurden durch Splitter beschädigt. Derzeit arbeitet eine Reparaturbrigade an der Reparatur der Stromversorgung. Informationen über Beschädigungen werden noch ermittelt“, teilte der Leiter des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit.

Der Pressedienst der Verwaltung von Donezk fügte hin, dass in der Folge von Beschüsse des **Kiewskij-Bezirks** im Norden der Stadt Dach und Decken eines Hauses in der Umanskij-Gasse beschädigt wurden.

„In der Folge des gestrigen Beschusses wurde ein Haus in der Kirow-Straße in **Kominternowo** vollständig zerstört, es wurde gleich von drei Geschossen getroffen.

Außerdem wurde eine Gasleitung beschädigt. Die Einwohner der Siedlung haben im Moment kein Gas“, teilte die Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks mit.

Informationen über Verletzte sind bisher nicht eingegangen.

„Die ukrainische Armee hat zwischen 18:00 und 2:30 436 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Artillerie des Kalibers 122 und 152mm, Panzergeschützen und Mörsern des Kalibers 82 und 120mm abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Der Gesprächspartner erläuterte, dass die Siedlungen **Trudowskije, Alexandrowka, Luganskoje, Signalnoje am westlichen Rand von Donezk, Jelewnowka im Südwesten der Hauptstadt, die Umgebung des Volvo-Zentrums im Norden der Stadt, die Siedlungen Krutaja Balka bei Jasinowataja, Oserjanowka, Sajzewo, Golmowskij bei Gorlowka, die Dörfer Spartak, Jakowlewka, Krasnyj Partisan im Jasinowataja-Bezirk, Dokutschajewsk und das Dorf Jasnoje** in dessen Umgebung beschossen wurden.

Beschüsse wurden auch im Süden der Republik, unter anderem in den Dörfern **Sachanka, Kominternowo, Leninskoje, Oktjabrj** im Nowoasowskij-Bezirk.

„Gestern um 21:39 haben ukrainische Soldaten die Siedlung Krutaja Balka beschossen. In der Folge des Beschusses wurde eine Frau, Geburtsjahr 1960, am Brustkorb verletzt“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

Das Geschoss traf neben dem Haus, wo die Verletzte lebte, auf. Die Fassade und die Verglasung des Gebäudes wurden durch Splitter beschädigt. Einer der Splitter prallte als

Querschläger auf die Fensterbank und traf die Frau am Körper. Die Verletzte wurde medizinisch behandelt, ihr Zustand ist stabil.

De.sputniknews.com: Syrien: Russland versorgt Aleppo und Deir ez-Zor mit tonnenweise Nahrungsmitteln

Am Montag hat das russische Militär der Bevölkerung im syrischen Aleppo im Zuge von sechs humanitären Aktionen insgesamt 5,74 Tonnen Hilfsgüter überbracht, wie das russische Zentrum zur Versöhnung der Konfliktparteien mitteilt.

„Innerhalb eines Tages haben 2320 Einwohner humanitäre Hilfe erhalten. Die Gesamtmenge der an die Bevölkerung übergebenen Hilfsgüter betrug 5,74 Tonnen“, heißt es in der Mitteilung, die das russische Verteidigungsministerium auf seiner Webseite veröffentlichte.

Diese humanitären Aktionen in Aleppo galten demnach den Stadtvierteln Aqel, al-Malqaniyah, Khalmaniyah, al-Hamdaniyah 4, Benezid und Scheich Maksud. Den Einwohnern seien knapp eine Tonne Brot sowie 4,8 Tonnen in Flaschen abgefülltes Trinkwasser übergeben worden.

Russische Militärflugzeuge haben im Raum der von Terroristen belagerten syrischen Stadt Deir ez-Zor außerdem 20,4 Tonnen Lebensmittel, die den syrischen Behörden von der Uno zur Verfügung gestellt wurden, mit Fallschirmplattformen abgeworfen.

Zuvor hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu dem Präsidenten Wladimir Putin berichtet, dass die syrischen Streitkräfte mit russischer Luftunterstützung die Oasenstadt Palmyra vom IS befreit hatten. Die Terroristen hatten die Unesco-Weltkulturerbestätte erstmals im Mai 2015 besetzt, dort mehrere antike Baudenkmäler gesprengt und öffentliche Hinrichtungen im römischen Amphitheater verübt. Im Mai 2016 hatte das syrische Militär mit russischer Luftunterstützung die Terroristen aus der Stadt verdrängt, musste sie aber im Dezember nach massiven Angriffen der Terroristen erneut aufgeben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31480/08/314800827.jpg>

Dan-news.info: Lage an der Donezker Filterstation (Wasserwerke)

Die ukrainische Seite hat die Wiederaufbauarbeiten an den Stromleitungen bei Jasinowataja, die die DFS versorgen, zum Scheitern gebracht, teilte das operative Kommando der DVR mit.

„Die ukrainische Seite hat die Arbeiten im Gebiet der DFS sabotiert. Die russischen Offiziere im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung haben von den ukrainischen Streitkräften keine Sicherheitsgarantie erhalten können. Die Arbeiter sind nicht an ihre Arbeitsplätze gekommen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Das Kommando unterstrich, dass die Inbetriebnahme der Filterstation in diesem

Zusammenhang auch verschoben wird.

Dan-news.info: Störungsbrigaden des staatlichen Konzerns Donbassgas haben die Gasversorgung in Jasinowataja wieder in Betrieb genommen, die durch ukrainische Beschüsse unterbrochen worden war.

„In Jasinowataja wurde die Gasversorgung für 49 Verbraucher wieder in Betrieb genommen, die nach einem Artilleriebeschuss am 5. März unterbrochen worden war. Vier Verbraucher konnten bisher nicht wieder angeschlossen werden, weil die Bewohner der Wohnung nicht anwesend waren. Ein Verbraucher konnte nicht wieder angeschlossen werden, weil die Wohnung teilweise durch einen Brand zerstört ist“, teilte der Pressedienst des Unternehmens mit.

De.sputniknews.com: Am Dienstag treffen sich die Chefs der Generalstäbe Russlands, der Türkei und der USA im türkischen Antalya.

„In Antalya wurde auf Einladung des Chefs des türkischen Generalstabs, Hulusi Akar, ein dreiseitiges Treffen unter Teilnahme der Generalstabchefs der USA und Russlands, Joseph Dunford und Waleri Gerassimow, organisiert“, teilte der türkische Generalstab mit. Bei dem Treffen sollen Fragen der Sicherheit in Syrien und im Irak besprochen werden.

Dnr-online.ru: Bei der Stadtverwaltung von Makejewka fand eine Sitzung des medizinischen Rats statt, an dem die stellvertretende Bürgermeisterin Irina Ljach, die Leiterin der Gesundheitsschutzabteilung Oktjabrina Iwanenko sowie Leiter von medizinischen Einrichtungen und Behörden der Stadt teilnahmen.

Oktjabrina Iwanenko berichtete über die grundlegenden Ergebnisse der Arbeit des Gesundheitsbereichs im Jahr 2016.

„Trotz der schwierigen politischen Situation und einem Mangel an Kadern wurde die Hauptaufgabe von uns erfüllt – der Bevölkerung eine qualitativ hochwertige und zugängliche medizinische Versorgung zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2016 ist es uns gelungen, eine Reihe von Maßnahmen zu verwirklichen, die auf die Entwicklung des Gesundheitswesens der Stadt gerichtet sind“, sagte Oktjabrina Iwanenko.

Basis des Gesundheitswesens ist die primäre medizinische Versorgung. Im Berichtsjahr betrug die Kennziffer „Mittlere Zahl der Besuche pro Einwohner“ 7,2, was 2,8% mehr als die Norm ist. Nach den Worten von Oktjabrina Iwanenko ist es in diesem Arbeitsbereich sehr wichtig, unbegründete Leistungen zu vermeiden, nicht zu viel zu behandeln, zusätzliche Ausgaben aufgrund nicht gerechtfertigter Überweisungen von Patienten an höhere Ebene zu vermeiden. Dieser arbeitsaufwendige Prozess muss bearbeitet und geregelt werden.

„Nur wenn man eine starke primäre Versorgung hat, das Vertrauen der Bevölkerung zu den Ärzten, kann die Situation grundsätzlich geändert werden, indem man von teuren stationären Behandlungen zu Behandlungen in Ambulanzen und Polikliniken übergeht“, meint sie.

Einer der Bereiche der Arbeit im Gesundheitswesen ist die Prophylaxe.

Grundlage einer effektiven Arbeit des Bereichs ist die Versorgung mit qualifizierten medizinischen Kadern. Heute arbeiten in den medizinischen Einrichtungen 6.574 Personen, davon 1158 Ärzte und 2637 weitere medizinische Beschäftigte. In der Stadt gibt es zwei verdiente Ärzte, 11 Kandidaten der medizinischen Wissenschaften und 42 herausragende Mitarbeiter des Gesundheitswesens. Im Jahr 2016 haben die medizinischen Einrichtung 29 jungen Spezialisten eingestellt. 724 Mitarbeiter haben Kurse zur Erhöhung der Qualifikation durchlaufen, darunter 266 Ärzte, 458 Schwestern und Pfleger. Zum Stand vom Januar 2017 verfügen 66% der Ärzte und 65,2% des übrigen medizinischen Personals über die höchste oder erste Qualifikationskategorie.

Leider ist die Kadersituation in Makejewka immer noch eine der schwierigsten in der Republik. Das Defizit an ärztlichen Kadern in der Stadt beträgt insgesamt 615, das sind 57% der Gesamtzahl der Ärzte. Und heute ist die Hauptaufgabe, alle möglichen Maßnahmen zur Heranziehung ausgebildeter Kader auf konkrete Arbeitsplätze zu ergreifen, unter anderem

durch die Schaffung von Bedingungen, in denen sie ihr Potential und ihre Initiativen realisieren können.

„Dank der ununterbrochenen Kontrolle und Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen der Gesundheitsversorgung von Seiten der Stadtverwaltung hat das Gesundheitssystem im Jahr 2016 stabil funktioniert, hat den zu garantierende Umfang der medizinischen Hilfe eingehalten, das sanitär-epidemiologische Wohlergehen der Einwohner der Stadt gesichert. Das Jahr 2017 muss ein weiterer Meilenstein bei der Vorwärtsbewegung werden und die Mitarbeiter der medizinischen Einrichtungen müssen jeder an seinem Arbeitsabschnitt ihre persönliche Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit verstehen. Ich bin den medizinischen Beschäftigten dankbar, die mit vollem Einsatz den Menschen in jeder schwierigen Situation helfen, ohne sich zu schonen. Die tägliche Arbeit, die auf den Prinzipien der Professionalität und der Verantwortung fußt, erlaubt es unserem Gesundheitswesen, sich im Namen unserer zukünftigen Generation vorwärts zu bewegen“, fasste Oktjabrina Iwanenko zusammen.

Über die Ergebnisse der Arbeit der Einrichtungen des Gesundheitswesen von Makejewka im Jahr 2016 berichtete die Leiterin der Abteilung für die Organisation der medizinischen Hilfe für die Bevölkerung der Hauptabteilung Gesundheitswesen Oxana Bibikowa.

„Im Verlauf des letzten Jahres ist in der Stadt eine Tendenz zur Verbesserung der demografischen Situation durch eine Zunahme der Geburtenrate zu bemerken. In den Geburtshilfeabteilungen wurden im Jahr 2016 2084 Kinder geboren, 129 mehr als im Jahr 2015.

Die Kennziffer der allgemeinen Erkrankungshäufigkeit unter der gesamten Bevölkerung hat sich um 26% erhöht und beträgt 4413,8 auf 10.000 Einwohner, die Kennziffer in der gesamten Republik beträgt 4980,9....

Bezüglich der Ergebnisse der Tätigkeit der Einrichtungen will ich sagen, dass uns im letzten Jahr viel gelungen ist, es wurden bestimmte positive Ergebnisse erzielt, aber es ist noch viel zu tun. Und unsere grundlegenden Anstrengungen müssen auf eine hohe Professionalität und den Erhalt der Gesundheit der Makejewker gerichtet sein“, fasste Oxana Bibikowa zusammen....

De.sputniknews.com: Russlands Anti-Doping-Kampf: Moskau gibt Rusada mehr Geld
Die russische Regierung hat die Finanzierung für die russische Antidopingagentur Rusada aufgestockt. Das entsprechende Dekret hat der russische Regierungschef Dmitri Medwedew am Dienstag unterzeichnet. Es ist nun auf der Regierungswebseite einzusehen.

Demnach sind für die Jahre 2017, 2018 und 2019 insgesamt rund 1,6 Milliarden Rubel (umgerechnet etwa 26,9 Millionen Euro) vorgesehen, das sind etwa 556,7 Million Rubel (8,9 Millionen Euro) jährlich geplant sein. Diese Mittel seien hauptsächlich für den Dopingkampf vorgesehen, heißt es in dem Dokument.

Am 1. März hat der russische Präsident Wladimir Putin bei einer Beratung zu der 2019 bevorstehenden Universiade im sibirischen Krasnojarsk eingestanden, dass das bisher existierende Anti-Doping-System in Russland offenbar nicht funktionierte. Nun müsse, so Putin, in Russland ein strenges und effektives Anti-Doping-System aufgebaut werden. Zuvor war die russische Antidopingagentur Rusada noch vom russischen Sportministerium finanziert worden. Der russische Vize-Premier Witali Mutko, der als Ex-Sportminister unter anderem auch noch den Sport-Bereich betreut, hatte im Dezember mitgeteilt, dass die Rusada künftig direkt aus der russischen Staatskasse finanziert werden soll.

Lug-info.com: Die ukrainische Seite hat ohne Angabe eines Grundes die Wasserlieferung von der Petrowskij-Pumpstation in die Republik eingestellt, teilte das staatliche Unternehmen „Luganskwoda“ mit.

„Am 6. März 2017 um 12:00 ist ohne Vorwarnung und Angabe einer Ursache die Wasserzufuhr von der Petrowskij-Pumpstation, die sich auf dem Territorium der Ukraine befindet, eingestellt worden“, heißt es in der Mitteilung.

Im Zusammenhang damit erhalten die östlichen Stadtteile und ein Teil des Zentrums von

Lugansk Wasser nach folgenden Zeitplan: 6:00 bis 9:00, 18:00 bis 22:00.

„Wir bitten darum, sich mit dem notwendigen Wasservorrat zu versehen und um Verständnis für die zeitweiligen Unannehmlichkeiten“, rief das Unternehmen auf.

De.sputniknews.com: Republik Srpska vertritt eigenen Standpunkt zu Russland-Sanktionen – Dodik

Ungeachtet des ständigen Drucks durch die EU und den Westen weigert sich die Republik Srpska dagegen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen, wie ihr Präsident Milorad Dodik gegenüber Sputnik sagte. Er plädiert dagegen für eine weitere Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft sowie im humanitären Bereich.

„Wenn die Russland-Sanktionen von der EU und dem Westen verlängert werden, beginnt man auch Druck auf Bosnien und Herzegowina ausüben, um es zu zwingen, sich diesen Maßnahmen anzuschließen“, so Dodik nach seinem jüngsten Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow gegenüber Sputnik.

Dabei verwies Dodik darauf, dass er während seines Besuchs in Russland vor mehreren Jahren, mehrere Wochen nach der Verhängung der Sanktionen, eine allgemeine Depressionsstimmung gespürt habe, „aber jetzt sehe ich Stabilisierung“.

Die Sanktionen hätten Russland geschadet, aber gleichzeitig auch Gewissheit gegeben, dass es sie bewältigen könne. „Und jetzt sind viele stolz darauf, dass man Ersatz gefunden hat“, so der Präsident. Außerdem habe Russland neue Produktionsgebiete entwickelt und voriges Jahr sogar den zweiten Platz auf der Liste der weltgrößten Weizenproduzenten belegt.

„Wir stehen unter Druck, aber wir weigern uns Sanktionen zu verhängen“, betonte Dodik.

Am 2. März hatte sich der russische Außenminister Sergej Lawrow mit dem Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, in Moskau getroffen. Dodik bedankte sich bei der russischen Regierung sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für die Unterstützung bei der Umsetzung des Abkommens von Dayton. Ohne sie „wäre die Situation viel schlimmer“, betonte Dodik...

Nachmittags:

Lug-info.com: Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja – ein weiterer Versuch (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Vertreter der OSZE-Mission haben das Gebiet der Trennung der Kräfte bei Staniza Luganskaja eine halbe Stunden vor dem heute für 12 Uhr angesetzten Beginn des Abzugs der Einheiten verlassen. Dies teilte heute am Checkpoint bei Staniza der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Vereinbarungen Wladislaw Dejnego mit.

„Sie sind von hier buchstäblich eine halbe Stunde vor Beginn abgefahren und eine weitere Brigade von Beobachtern, die in diese Richtung gefahren ist, ist bis jetzt nicht eingetroffen“, sagte er.

„Es gibt keinerlei Hindernisse für die Durchführung der Trennung von Kräften und Mitteln. In den Berichten der OSZE gibt es nur eine einzige Verletzung des Regimes der Ruhe in den letzten sieben Tagen, die in einem km Abstand vom Gebiet zur Trennung der Kräfte und Mitteln ist“, sagte der bevollmächtigte Vertreter der LVR.

„Sie haben gemäß der Rahmenvereinbarung eine klar festgelegte Funktion, sie sollen sich mit dem Monitoring des Prozesses der Trennung von Kräften und Mitteln befassen. Leider sind sie jetzt unmittelbar zu der Zeit, wo wir die vorbereiteten Maßnahmen erfüllen sollen, hier nicht anwesend. Jetzt hat bereits der Abschuss der Signalarakete stattgefunden, der von der Bereitschaft der Volksmiliz der LVR zeugt, mit dem Abzug ihrer Einheiten zu beginnen. Wir warten auf eine Reaktion von der ukrainischen Seite“, berichtete Dejnego.

Etwas später berichtete Dejnego vom Checkpoint bei Staniza Luganskaja. „Leider hat eine Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt Staniza Luganskaja durch die Schuld der ukrainischen Seite nicht stattgefunden“, sagte er, nachdem die ukrainische Seite im Unterschied zur LVR keine Signalrakete, die ihre Bereitschaft zur Trennung von Kräften und Mitteln anzeigt, gestartet hat.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag Oksana Sewastidi begnadigt, die zuvor wegen Hochverrats zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war. Die Sotschierin hatte im Jahr 2008 eine SMS abgeschickt, in der es um Bewegungen russischer Militärtechnik gegangen war.

„Geleitet von den Prinzipien der Menschlichkeit, verfüge ich, Oksana Sewastidi, geboren 1970, zu begnadigen“, heißt es in der Erklärung des Präsidenten. Sie sei „von der weiteren Verbüßung der Freiheitsstrafe zu befreien“.

Grund für die Verurteilung war eine SMS-Nachricht, die Sewastidi unmittelbar vor dem russisch-georgischen Krieg 2008 einem Bekannten geschickt hatte. Dieser Bekannte soll sie per SMS gefragt haben: „Stehen bei euch etwa Panzer am Gleis?“. „Früher haben sie gestanden, jetzt weiß ich nicht mehr“, antwortete die heute 47-Jährige damals.

Sewastidi war im Januar 2015 verhaftet worden, also sechs Jahre, nachdem sie die eigentliche SMS abgeschickt hatte. Ihr wurde unter anderem zur Last gelegt, 2008 Bilder von Zügen mit russischer Militärtechnik an einem Bahnhof in Sotschi gemacht und diese ihrem Bekannten in Georgien geschickt zu haben. Im März 2016 sprach ein Gericht in Krasnodar sie des Hochverrats schuldig und verurteilte sie zu sieben Jahren Gefängnis.

Der neue Verteidiger der Frau, Iwan Pawlow, wies Medienberichten zufolge auf die Tatenlosigkeit seines Vorgängers hin – dieser habe das Urteil nicht anfechten wollen. Die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ hatte Sewastidi früher als politische Gefangene eingestuft.

Putin war während seiner jährlichen Pressekonferenz im Dezember 2016 auf den Fall Sewastidi aufmerksam gemacht worden und hatte versprochen, sich mit dem Urteil vertraut zu machen.

„Meiner Meinung nach ist das wirklich eine ziemlich harte Vorgehensweise. Ich kenne die Einzelheiten nicht, wenn sie etwas in ihren SMS-Nachrichten geschrieben hat, so hat sie das geschrieben, was sie sah“, sagte Putin.

Dan-news.info: Die ehemaligen Mitarbeiter von „Ukrtelekom“, über das eine äußere staatliche Leitung errichtet wurde, sind in das neugegründete republikanische Unternehmen „Komtel“ übergegangen. Heute haben sie die ersten Lohnzahlungen von den Behörden der DVR erhalten.

„Heute werden die Löhne für Februar an die ehemaligen Mitarbeiter der Aktiengesellschaft „Ukrtelekom“ ausgezahlt. Das heißt, wir lassen die Menschen nicht im Stich, organisieren für sie Arbeitsplätze in dem neuen Unternehmen „Komtel“. Ich merke an, dass praktisch das gesamte Personal der Abteilungen von „Ukrtelekom“, das sind 938 Personen, in das neue gegründete republikanische Unternehmen übergegangen sind“, berichtete der Direktor des Abteilung zur Kontrolle von Stromversorgung und Telekommunikation des Kommunikationsministeriums der DVR Igor Chalepa.

Er erläuterte, dass die Löhne auf dem bisherigen Niveau bleiben und im Durchschnitt 10.000 Rubel im Monat betragen. In der Zukunft werden sie höchstens steigen. Es muss angemerkt werden, dass die ehemaligen Mitarbeiter von „Ukrtelekom“ über den Übergang auf ein republikanisches Unternehmen keine Beschwerden geäußert haben. Aus dem gesamten Kollektiv haben sich nur gut zehn Personen geweigert bei „Komtel“ zu arbeiten.

„Ich habe mich entschieden, in meiner Heimatstadt, in meinem Kollektiv zu bleiben. Und das haben praktisch alle meine Kollegen mit wenigen Ausnahmen getan. Wir können nirgendwo hin fahren, weil das hier unser Land ist, hier sind die Freunde, Verwandten und außerdem sind wir alle Patrioten“, sagte im Gespräch mit einem Korrespondenten von DAN die Leiterin der Buchhaltungs- und Steuerabteilung Jelena Naumkina.



<http://dnr->

[news.com/uploads/posts/2017-03/thumbs/1488881333_original_23794a97efde0b85b64a9d470b4ce96a.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-03/thumbs/1488881333_original_23794a97efde0b85b64a9d470b4ce96a.jpg)

Dan-news.info: „Zurzeit laufen Arbeiten zur Wiederaufnahme der Internetverbindungen, die früher von „Ukrtelekom“ zur Verfügung gestellt wurden. Es sind bereits zehn Knotenpunkte im Testbetrieb. In der nächsten Woche werden wir diese Frage abschließen“, sagte der Direktor der Abteilung zur Kontrolle von Stromversorgung und Telekommunikation des Kommunikationsministeriums der DVR Igor Chalepa. Er fügte hinzu, dass die Kunden dann Verträge mit dem neu gebildeten republikanischen Unternehmen „Komtel“ abschließen werden.

De.sputniknews.com: Die Ukraine hat Russland beim Internationalen UN-Gericht in Den Haag verklagt, was jedoch schlimme Folgen für Kiew selbst haben könnte, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Dienstag.

Davon zeigten sich mehrere von der Zeitung befragte Experten überzeugt.

Kiew wirft Moskau nämlich die Verletzung von gleich zwei Konventionen vor: über die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und über die Abschaffung der Rassendiskriminierung. Aber trotz der Behauptungen des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, er würde „Beweise für Russlands Verbrechen“ liefern, hat Kiew bislang keine richtigen Argumente angeführt.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat (Russlands Parlamentsoberhaus), Konstantin Kossatschow, ist von Moskaus großen Erfolgchancen überzeugt, warnt allerdings, dass der Prozess viel Zeit in Anspruch nehmen könnte. „Meine Prognose ist: Er wird mehrere Jahre dauern. Ich habe keine Zweifel, dass die russische Seite Recht hat. An den Anhörungen nehmen auf unserer Seite höchstqualifizierte Experten teil“, so der Senator.

Das Mitglied des Rates für völkerrechtliche Fragen beim Außenministerium, Wladimir Kotljar, sagte seinerseits, dass der bevorstehende Prozess in Wahrheit Kiews Image schaden könnte. „Es ist gar nicht mal schlecht, dass die Ukraine diesen Prozess angestrengt hat, denn sie hat keine Chancen, ihn zu gewinnen. Russland bietet sich dabei eine gute Möglichkeit, all diese Spekulationen seitens Kiews zu widerlegen. Von was für einer Rassendiskriminierung redet man da? Laut Umfragen unter Krim-Tataren wollte niemand von mehreren Tausenden Befragten die Krim verlassen. Einige von ihnen sagten, sie wollten an

einen anderen Ort auf der Halbinsel ziehen. Aber in die Ukraine wollten null Prozent. Sie wollten auf der Krim bleiben – gemeinsam mit den Menschen, denen Kiew Rassendiskriminierung vorwirft“, betonte der Experte.

Kiews Klage widerspreche generell dem Völkerrecht, denn dieser Fall sei fabriziert worden, meint das Mitglied des Ständigen Schiedshofes in Den Haag, Kamil Bekjaschew. „Russland hat nie diese Konventionen verletzt. Und die Ukraine kann kein einziges Beispiel für Verletzungen durch die russische Seite anführen“, so der Jurist.

Allerdings dauern Prozesse im UN-Gericht üblicherweise sehr lange, und deshalb sollte man keine schnellen Ergebnisse erwarten. „Das ist eine lange Geschichte, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen könnte“, sagte Stanislaw Tschernitschenko, ebenfalls Mitglied des Ständigen Schiedshofes. „Was die Chancen angeht, so sind einerseits einige Richter nicht besonders positiv gegenüber Russland eingestellt. Aber andererseits sieht auch die Ukraine, gelinde ausgedrückt, nicht sehr gut aus, wenn man die jüngsten Ereignisse in diesem Land bedenkt.“

Die Ukraine hat bislang keine Beweise für Russlands „Verbrechen“ präsentieren können, die Kiew auf einen Erfolg hoffen ließen. Im russischen Außenministerium verwies man wiederholt darauf, dass Kiew ständig den konstruktiven Dialog verweigere, während solche Klagen die Regelung der Situation behinderten.

[Ukrinform: UN-Gerichtshof: Russland behauptet, Waffen waren in Kohlengruben](#)

Die Hauptquelle von Waffen für die Separatisten in der Ostukraine waren Waffenvorräte aus den Sowjetzeiten. Das erklärte der russische Vertreter Ilja Rogatschew vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag.

Die meisten Vorräte seien in den Kohlengruben gewesen, behauptete der Russe. Er sagte auch, dass die flüchtige ukrainische Armee Waffen zurückgelassen hätte. Rogatschew nahm aber keine Stellung zum Einsatz der modernsten russischen Waffen im Donbass.

Das große Waffendepot mit sowjetischen Waffen befand sich im Donbass in der Stadt Bachmut (früher Artjomoswk). 2014 konnten die Terroristen das Depot nicht einnehmen.

Die stellvertretende Vorsitzende des ukrainischen Parlaments Iryna Heraschtschenko sagte zu den Behauptungen des russischen Vertreters, dass gemäß dieser Logik auch das Buk-Raketensystem, mit dem 2014 ein malaysisches Passagierflugzeug mit 298 Menschen an Bord im Osten der Ukraine abgeschossen worden war, und moderne Waffen aus Russland in einer Kohlengrube liegen sollten.

Die Ukraine hat Russland beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen Unterstützung des Terrorismus und der Rassendiskrimination verklagt. Die Anhörungen begannen am 6. März.

[Dnr-news.com: Das Mitglied des Förderationsrates der Krim Olga Kowitidi schlägt vor, sich in Richtung der Untermauerung des völkerrechtlichen Status der Donbassrepubliken zu bewegen.](#)

Der wichtigste Faktor ist gegenwärtig die Unterstützung der Anerkennung der genannten Republiken. Das ist die Schaffung des völkerrechtlichen Status der Donezker und Lugansker Volksrepublik. Wir müssen uns für einen internationalen Status der Republiken entscheiden, ausgehend davon, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen verletzt“, sagte sie bei einem „Runden Tisch“ in Moskau.

Darüber hinaus schlug sie vor, in russische Militärschulen Abiturienten aus der DVR und LVR aufzunehmen.

„Wir müssen die Ausbildung von Kämpfern gegen den Faschismus des 21. Jahrhunderts unterstützen“, erklärte Kowitidi.

[De.sputniknews.com: Die Türkei hat die Wasserversorgung von Nordsyrien eingestellt, wie Ewwas Eli, Außenpolitiker der kurdischen „Partei der Demokratischen Union“ \(PYD\) am Dienstag gegenüber Sputnik mitteilte. Damit wolle Ankara die Gründung einer Föderation](#)

Nordsyrien verhindern.

Das Wasserkraftwerk an der Tischrin-Talsperre musste Eli zufolge seit dem 23. Februar die Stromproduktion einstellen, solange der gesunkene Wasserstand sein notwendiges Niveau nicht wieder erreicht. „Da die Türkei den Wasserstrom aus dem Euphrat nach Syrien blockierte, sank der Wasserstand in der Tischrin-Talsperre. Infolge dessen ging die Stromproduktion zurück“, so Eli.

Syrien und der Irak bekommen Wasser über den in der Türkei liegenden Atatürk-Staudamm. Dies erfolge im Einklang mit einem internationalen Abkommen über die Nutzung des Wasserreichtums.

„Der Irak und Syrien haben ein Recht auf dieses Wasser. Seit dem Beginn der Zusammenstöße in Syrien begann Ankara, dieses Abkommen zu verletzen“, so der kurdische Politiker. Die Türkei halte das Euphrat-Wasser einen Monat lang zurück und lasse es dann plötzlich auf einmal frei.

„Unsere Talsperre ist nicht groß und kommt mit einem plötzlichen Wasserstrom nicht zurecht. Wir müssen die Talsperre öffnen“, erläutert Eli. Demnach gebe es ernsthafte Probleme mit der Wasserversorgung in den nördlichen Teilen Syriens. Das Wasserkraftwerk versorgt die wichtigsten Gebiete in Nordsyrien und die Städte Manbidsch, Kobani und Sirrin mit überwiegend kurdischer Bevölkerung mit Strom und Wasser.

„Wir haben nur zwei Stunden pro Tag Strom“, erzählt Eli. Das Wasserkraftwerk kann nur zwei bis drei Stunden täglich arbeiten. „Derzeit haben wir schon Probleme mit dem Trinkwasser“.

„Die Türkei sperrt uns die Wasserversorgung aus politischen Gründen, um uns daran zu hindern, eine Föderation Nordsyrien zu gründen“, meint der kurdische Politiker.

„Wenn es zu Stromabschaltungen kommt, bleibt das Leben praktisch völlig stehen. Die Sperrung der Wasserversorgung widerspricht dem internationalen Recht, das sind antihumane Handlungen. Die internationalen Organisationen und europäischen Länder dürfen gegenüber diesem Problem nicht gleichgültig bleiben“, so Eli.

Die Tischrin-Talsperre am Euphrat liegt im Norden Syriens etwa 90 km östlich von Aleppo.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31456/71/314567138.jpg>

Ukrinform: Bei Kämpfen in der Ostukraine ist in den vergangenen 24 Stunden ein ukrainischer Soldat getötet worden.

Das teilte am Dienstag der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Olexandr Motusjanyk, mit. Vier weitere Soldaten seien verwundet worden.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik hat sich verschärft.

Der Gegner beschießt weiter die Gebiete von Ortschaften der Republik: **Sachanka, Besymennoje, Kominternowo, Sajzewo, Dokutschajewsk, Signalnoje, Staromichajlowka, Krutaja Balka, Leninskoje, Jasinowataja, Spartak, Gomowskij, Gorlowka, Telmanowo, Luganskoje, Trudowskije und den Kiewskij-Bezirk von Donezk.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 2927-mal das Territorium der Republik beschossen. Dabei wurden 20 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ (auf Spartak) abgefeuert, 97-mal schwere Artillerie (davon 13 mal des Kalibers 152mm), 723-mal Mörser verschiedenen Kalibers (davon 438-Mal Mörsergranaten des Kalibers 120mm), 51-mal Panzer, 147-mal Schützenpanzer, 1889-mal Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In Folge eines Mörserbeschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden zwei zivile Einwohner verletzt:

- Jelena Wasiljewna Sidorowa (geb. 1960) in Krutaja Balka, es wurde aus Richtung Kamenka geschossen;

- Wladimir Sergejewitsch Jurtschenko (geb. 1996) in Kominternowo, es wurde aus Richtung Wodjanoje geschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Artillerie wurden 13 Wohnhäuser beschädigt: eines im Kiewskij-Bezirk von Donezk in der Umanskij-Gasse 13, sieben in Jasnoje, zwei in Signalnoje und drei in Luganskoje, aus dem die zivilen Einwohner aufgrund der Beschüsse der ukrainischen Seite evakuiert wurden.

Derzeit haben **vier Ortschaften keine Stromversorgung**: Kominternowo, Saitschenko, Leninskoje und Sachanka.

Nach Informationen unserer Aufklärung konzentriert der Gegner Waffen und Einheiten an der Kontaktlinie.

So ist in Slawjanogorsk die Ankunft von zwei Panzerzügen (8 Panzer) festzustellen.

Im Gebiet des Bergwerks „Jushnaja“ in Artjomowo werden von Einheiten aus der 80. Luftsturmbrigade Minensperren an der vordersten Verteidigungslinie eingerichtet.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Beschwerden der Zivilbevölkerung über die Anwendung von Schusswaffen durch ukrainische Soldaten gegen friedliche Bürger und auch um Verluste zu verhindern, haben die Kommandeure von Einheiten in der „ATO“-Zone eine Anweisung erhalten, dass es Soldaten verboten ist, mit Waffen den Unterbringungsort des Truppenteils zu verlassen.

Die nazistischen Elemente, die die sogenannte „Blockade des Donbass“ durchführen, ignorieren weiterhin ungestraft die Befehle ihrer Regierung, was die Entwicklung von Anarchie in der ukrainischen Gesellschaft und das Fehlen des Vorrangs des Rechts auf dem Territorium der Ukraine bestätigt. Wir sorgen uns um unsere friedlichen Landsleute, die auf jener Seite der Barrikade geblieben sind, und wissen, dass Anarchie und Gesetzlosigkeit zu einem noch größeren Anwachsen von Kriminalität und menschlichen Opfern führen wird.

Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, auf die ukrainische Regierung Einfluss zu nehmen und sie zu zwingen, trotz allem irgendeine Rechtsschutzfunktion im Staat zu organisieren.

Die Volksmiliz führt weiter Übungen gemäß dem Plan zur militärischen Ausbildung durch. Heute wurden mit den Einheiten Trainings zur militärischen Ausbildung unter Verwendung von Mitteln zum Schutz gegen chemische Stoffe und zur Überwindung von Minensperren durchgeführt.

De.sputniknews.com: Krim beschließt Zwangsrückkauf von Werken des ukrainischen Milliardärs Achmetow

Die Republik Krim hat den Zwangsrückkauf von zwei ukrainischen Betrieben beschlossen, wie der Vizeminister für Industriepolitik der Republik, Boris Kabakow, am Dienstag mitteilte. Eine diesbezügliche Anordnung habe der Ministerrat der Krim unterzeichnet.

Konkret soll es sich bei den zwei Betrieben um das Weichenwerk Kertsch und das Hüttenkombinat Kertsch handeln.

„Gleichzeitig wurde entschieden, das Hüttenwerk Kertsch zu gründen, dem das erworbene Eigentum der genannten Betriebe angehören wird. Auf Beschluss des Ministeriums für

Industriepolitik wird in den Betrieben eine provisorische Verwaltung tätig sein, die aber nicht für die Leitung der Werke, sondern für deren Besitz zuständig sein wird. Die Verwaltung wird sich mit der Inventarisierung des Eigentums und dessen Bewertung befassen“, so der Vizeminister.

Das Weichenwerk Kertsch wurde ihm zufolge in Kiew registriert, das Hüttenkombinat Kertsch in Krywyj Rih im ukrainischen Gebiet Dnipropetrowsk.

Darüber hinaus nannte Kabakow jedoch weder den Besitzer der Werke noch deren Gesamtkosten. Eine Regierungsquelle teilte aber Journalisten mit, dass die beiden Werke dem ukrainischen Milliardär Rinat Achmetow gehören könnten.

Zuvor waren auf der Krim auf Parlamentsbeschluss bereits zwei Betriebe von Achmetow – die Krim-Filiale des Telekommunikationskonzerns „Ukrtelekom“ und des Stromversorgers „Krimenergo“ – verstaatlicht worden.

Das Weichenwerk Kertsch produziert Weichenanlagen. Das Hüttenkombinats Kertsch spezialisiert sich unter anderem auf Gussarbeiten sowie die Produktion von Emaillegeschirr.

Dan-news.info: „Heute um 15:15 Uhr ist die durch einen ukrainischen Beschluss unterbrochene Stromversorgung bei Jasinowataja wieder in Betrieb genommen worden, die Donezker Filterstation hat bereits wieder Strom“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Der Gesprächspartner der Agentur fügte hinzu, dass noch kein Personal auf dem Gelände der Station ist, der Zeitpunkt für die Inbetriebnahme der DFS wird noch festgelegt.

De.sputniknews.com: Blumen, Pralinen, Geschenke: Moskau verwandelt sich am Frauentag Anlässlich des internationalen Frauentags, der am 8. März begangen wird, verwandelt sich die russische Hauptstadt in ein wahres Paradies. Medienberichten zufolge warten in den Stationen der Moskauer U-Bahn kleine Überraschungen auf die Frauen.

Wie der Pressedient des Moskauer Verkehrsamtes mitteilte, sollen in den Stationen und in den Zügen der Bahnlinie Moskowskoje Zentralnoje Kolzo (Moskauer Zentral-Ring) sowie in Autobussen der Stadt über die Lautsprechanlagen Glückwünsche übermittelt werden. Rund sechs Millionen Frauen sollen damit erreicht werden.

Zudem werden an einigen U-Bahn und Bahn-Stationen Blumen, Pralinen und kleine Geschenke verteilt. An manchen Bahnhöfen und Stationen sollen Schönheitssalons eingerichtet werden, wo sich die Frauen ihr Make-up und ihre Haare machen lassen können. Darüber hinaus wird ein Kontingent von 400 eigens für den Frauentag gestalteten Einzelfahrscheinen verkauft. Blumen sowie kurze Glückwünsche sollen darauf zu sehen sein.

„Der 8. März ist der erste Feiertag im Frühling. Man sollte ihn wahrhaft warm und einprägsam gestalten. Darum hat das Moskauer Verkehrsamt Überraschungen, Geschenke und Glückwünsche vorbereitet. Der ganze Moskauer Verkehrs-Komplex gratuliert den Frauen zum 8. März!“, wird der Leiter des Moskauer Verkehrsamtes, Maxim Liksutow, zitiert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31481/21/314812173.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz der offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Heute Morgen hat die ukrainische Seite das Territorium der Republik mit 152mm Artillerie beschossen und dabei vier Granaten auf **Donezkij** abgefeuert.

In der Folge des Beschusses wurden zwei Häuser beschädigt: auf der Stepnaja-Straße Nr. 56, auf der Sewastopoler Straße wurde ein Wirtschaftsgebäude vernichtet.

Im Ganzen ist die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR weiterhin angespannt.

In den letzten 24 Stunden wurden 324 Mörser- und andere Granaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen für die Stationierung von schweren Waffen an der Kontaktlinie.

So wurde festgestellt, dass im Gebiet von Popasnaja drei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ in Richtung Kontaktlinie verlegt wurden.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verwendet weiterhin aktiv Drohnen zur Sammlung von Aufklärungsdaten, obwohl die Verwendung von Drohnen nach den Minsker Vereinbarungen an der Kontaktlinie verboten ist.

So wurde gestern gegen 11:00 Uhr im Gebiet von Christowoje im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR eine weitere Drohne der ukrainischen Streitkräfte abgefangen und zu Boden gebracht, die in Richtung Nishneteploje, das von der Regierung der Ukraine kontrolliert wird, flog.

Bei ihrer Untersuchung wurde festgestellt, dass die Drohne vom Type RQ-11B Raven in den USA hergestellt wurde. RQ-11B Raven ist für die Durchführung von Luftaufklärungen in geringer Höhe vorgesehen und ist ausschließlich mit Digitalkameras für Tag- oder Nachtsicht ausgerüstet.

Nach Informationen der Volksmiliz wurde eine Partie dieser Drohnen kürzlich aus den USA in die Zone der sogenannten „ATO“ geliefert und wird ausschließlich von den Spezialoperationskräften der Ukraine verwendet.

Dieser Fakt bestätigt ein weiteres Mal, dass sich die Kiewer Regierung, statt die sozialen und ökonomischen Probleme ihres Landes zu lösen, wo etwa 60% der Bevölkerung am Rand der Armut leben, mit der Ausstattung ihrer Armee mit ausländischen Waffen und Militärtechnik befasst, um den Konflikt im Donbass auf gewaltsamem Weg zu lösen.

Heute war die Volksmiliz ein weiteres Mal bereit, unter Kontrolle der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung ihre Einheiten im Gebiet von Staniza Luganskaja abzuziehen.

Aber die ukrainische Seite will die erreichten Vereinbarungen gezielt nicht einhalten und hat sich geweigert dies spiegelbildlich zu tun, deswegen sind auch unsere Einheiten an ihren

Plätzen geblieben.



[http://img.lug-info.com/cache/b/a/\(2\)_IMG_8713.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/b/a/(2)_IMG_8713.JPG/w620h420wm.jpg)

De.sputniknews.com: Aleppo vs. Mossul: Die zwei Wahrheiten westlicher Medien
Sowohl in Syrien als auch im Irak kämpfen die Regierungstruppen gegen Terroristen. Sowohl hier als auch dort sind ausländische Luftstreitkräfte im Einsatz. Eine RT-Kolumnistin versuchte zu klären, warum der Krieg gegen ein und denselben Feind in westlichen Medien so unterschiedlich dargestellt wird.

Seit Monaten kämpft die irakische Armee, unterstützt durch eine US-geführte Koalition, um die Befreiung der einstigen Millionenmetropole Mossul. In der stark umkämpften Stadt, die als Hochburg der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) gilt, befinden sich noch immer Zivilisten. Dass diese unter Bomben ausharren müssen und oft den Terroristen als lebender Schild dienen, würde in westlichen Medien so gut wie mit keinem Wort erwähnt, schreibt die RT-Kolumnistin Polina Duchanowa in ihrem Beitrag.

„Den Massen von Irakern, die vor dem Krieg fliehen, wird nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt, die zahlreichen zivilen Opfer werden praktisch ignoriert.“

Ein völlig anderes Bild sei in diesen Medien während der Befreiung des syrischen Aleppo im Dezember 2016 erzeugt worden, so der Beitrag. Der Akzent habe bei den Leiden der Bevölkerung gelegen, obwohl diese aus ihren Häusern durch spezielle, von syrischen und russischen Militärs eingerichtete Fluchtkorridore fliehen konnte. Die Lage sei als humanitäre Katastrophe dargestellt, den Regierungstruppen Kriegsverbrechen unterstellt worden.

In Aleppo seien rund 100.000 Zivilisten blockiert gewesen, in Mossul seien es 750.000, schreibt Duchanowa. Laut ihren Recherchen berichtete etwa der amerikanische Sender CNN während der entscheidenden Offensive auf Aleppo am 13. Dezember nur zehn Sekunden über die Leiden der Bevölkerung durch die Terroristen und ganze 2:13 Minuten über die Folgen der Militäroperation für die Zivilisten.

Während der Offensive auf das irakische Mossul am 5. März habe CNN insgesamt drei Minuten seiner Sendezeit den Leiden der Bevölkerung durch die Terroristen gewidmet. Über die Leiden der Zivilisten durch die irakische Offensive sei an dem Tag überhaupt nicht berichtet worden. Auf ähnliche Weise haben laut Duchanowa auch BBC und France 24 über die entscheidenden Kämpfe um Aleppo und um Mossul informiert.

De.sputniknews.com: Tod in Aleppo als Anklage – in Mossul notwendiges Übel? Experte kritisiert Westen – von *Tilo Gräser*.

„Zum ersten Mal finden sich die Europäer, allen voran die Deutschen, inmitten eines Sturms

wieder, für den sie mitverantwortlich sind – weil sich ihre Politiker die Sicht Washingtons zu eigen gemacht haben: Assad muss weg.“

Das schreibt der Islamwissenschaftler Michael Lüders im März-Heft der Zeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik.

Seitdem die syrische Armee gemeinsam mit ihren Verbündeten Aleppo im Dezember 2016 befreit hat, scheint das westliche Medieninteresse an Syrien abzubauen. Daran und wie über den Krieg gegen den IS in Mossul berichtet wird, zeigt sich ein weiteres Mal, wie im Westen mit zweierlei Maß gemessen wird. Lüders kritisiert das deutlich in seinem Text über „die blinden Flecken des Westens“.

Leider lässt der Autor selbst weg, dass es diesen Krieg ohne die westliche Einmischung seit 2011 nicht gegeben hätte. Zudem ist seine Sicht selbst vorgeprägt: So schreibt er von angeblich offenkundigen „Verbrechen Assads“ und wirft der russischen Unterstützung für Damaskus vor, auch für Tod und Zerstörung in Syrien verantwortlich zu sein. Dennoch ist sein Beitrag bemerkenswert, weil er die Politik und Medien des Westens deutlich als einseitig kritisiert. Bilder von Opfern des Krieges wie des Jungen Omran aus Aleppo seien wegen ihrer emotionalen Wucht gezielt benutzt worden, um die syrische Armee für ihr Vorgehen anzuklagen. „Der andere Teil wird selten beleuchtet, wenn überhaupt“, stellt Lüders fest. „Dass die militärisch relevanten Gegner Assads fast ausschließlich aus Dschihadisten bestehen, ist zumindest in politischen Kreisen durchaus bekannt, stellt aber offenbar kein Problem dar.“

Blätter-Autor Lüders kritisiert die aktuelle „westliche Rahmenerzählung“, welche die Akteure nur in „gut“ und „böse“ einteile. Das bezieht er ebenso die „hiesige Selbstwahrnehmung, in diesem Konflikt auf der ‚richtigen‘ Seite zu stehen“. Leider wirft er die am Konflikt beteiligten Staaten alle in einen geopolitischen Topf und macht keine Unterschiede, was die konkreten Interessen angeht. Dass Russland zum Beispiel erst im Herbst 2015 militärisch auf Seiten von Damaskus eingriff, nachdem alle vorherigen Friedensversuche, auch die von Moskau, blockiert wurden, erwähnt der in deutschen Medien gern gefragte „Nahost-Experte“ nicht. Er wirft der deutschen und europäischen Politik immerhin vor: „Anstatt selbstbewusst eigene Positionen zu vertreten, ziehen es hiesige Entscheidungsträger viel zu oft vor, amerikanischen Vorstellungen zu folgen.“ Das geschehe, obwohl die US-Politik „eine Katastrophe nach der anderen hervorruft, namentlich Staatszerfall, das Erstarken von dschihadistischen Milizen wie dem ‚Islamischen Staat‘ und die Odyssee von Millionen Syrern, Irakern, Afghanen“. Und: „Überspitzt gesagt kehren die Europäer mit der Flüchtlingskrise die Scherben einer verfehlten US-Interventionspolitik auf, bezahlen sie gutwillig den Preis für die Machtansprüche anderer.“

Die „Schlacht um Aleppo“ habe gezeigt, „wie sehr Kriege medial inszeniert werden“, schreibt Lüders. In den westlichen Medien sei der Kampf um die syrische Stadt als deren „Untergang wie einst Dresden“ dargestellt worden. Dabei habe der Fokus „menschliche Tragödie“ die politische Analyse ersetzt. „Andernfalls stünde für jeden denkenden Menschen die Frage im Raum: Wie kann es eigentlich sein, dass die USA mit Al Qaida gemeinsame Sache machen und kein Leitartikler, kein Minister steht auf und sagt: Nicht mit uns, Freunde?“

Der Islamwissenschaftler blickt in seinem Blätter-Beitrag über Syrien hinaus und fragt: „In Aleppo das Inferno, in Mossul der Freiheitskampf?“ „Unmittelbar nach der Rückeroberung haben die Medien ihr Interesse an Aleppo fast vollständig verloren.“ Der Krieg gegen den islamischen Staat (IS) in Mossul sei seit Oktober 2016 der neue Schwerpunkt nächstlicher Berichterstattung. „Die unterschiedliche Intonierung der Berichterstattung ist kaum zu übersehen“, stellt der Experte fest, obwohl es in der irakischen Stadt viele Tote geben werde und sie am Ende „größtenteils zerstört“ sein könnte. Die Frage nach dem Warum der Unterschiede in den Medien beantwortet der Experte so: „Wenn es gelingt, Mossul vom IS zu befreien, wirkt sich das, im Gegensatz zur Aleppo-Episode, positiv auf das Image des Westens aus.“ Zivile Opfer dieses Krieges würden kaum gezeigt, anders als im syrischen Fall. „Zivilisten sterben in beiden Städten – in Aleppo dient ihr Tod der Anklage, in Mossul wird er ‚eingepreist‘ als notwendiges Übel. Entsprechend sehen wir jubelnde Menschen aus den vom IS befreiten Dörfern rund um Mossul, siegreich vorrückende irakische Soldaten, tanzende Christen, die in ihre Häuser zurückgekehrt sind.“

Lüders bemerkt immerhin, dass die syrische Führung um Bashar al-Assad sich „gegen eine

internationale Allianz, die völkerrechtswidrig seinen Sturz betreibt“, verteidigt. Er hat Recht, wenn er meint, dass die Kriege in Syrien und im Irak „eng miteinander verbunden sind“. Es gebe sie nicht ohne die westliche Politik, allen voran die der USA, nicht. Sie sind eine Folge der fortgesetzten westlichen „Politik des regime change ... die in den letzten Jahren auch im Irak, in Libyen und, verdeckt, im Jemen betrieben wurde und wird“, wie der Wissenschaftler selbst schreibt. Seine Meinung, dass diese Kriege im Irak und in Syrien nicht enden würden, verdient Widerspruch. Ebenso wenn er behauptet, am Kriegsende wie am Sieg über den IS „hat übrigens in letzter Konsequenz niemand ein wirkliches Interesse“. Für alle Interventionsmächte sei es „der willkommene Anlass“, im Nahen Osten weiter präsent zu sein und die eigenen Interessen durchzusetzen. Diese Sicht zeugt leider von den eigenen „blinden Flecken“ des Autors.

Michael Lüders veröffentlicht in Kürze ein neues Buch im Verlag C.H.Beck: „Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte“

Die Blätter für deutsche und internationale Politik online: www.blaetter.de

Link zum Artikel: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/maerz/der-krieg-in-syrien-und-die-blinden-flecken-des-westens>



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31433/98/314339868.jpg>

Dnr-online.ru: Heute hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko an einer festlichen Veranstaltung zum Internationalen Frauentag teilgenommen, die im Donezker Staatlichen Akademischen musikalisch-dramatisch Theater stattfand.

„Liebe Frauen, in meinem eigenen und im Namen aller Männer gratuliere ich euch zum Feiertag. Wegen euch leben wir. Ihr führt die Hauswirtschaft, arbeitet, erzieht Kinder, kämpft – bei uns stehen viele Frauen mit uns Schulter an Schulter, um die Republik zu verteidigen. Ihre seid unsere Stütze und Unterstützung.

Liebe Frauen, ich gratuliere euch zum 8. März. Ich wünsche euch Glück, Liebe, dass ihr die Schönsten bleibt und alles Gute. Zum Feiertag“, gratulierte Alexandr Sachartschenko den Frauen.

Das Republikoberhaupt zeichnete 56 Frauen, Mitarbeiterinnen von Ministerien und Behörden, mit Ehrenurkunden für zuverlässige Arbeit, hohe Professionalität und ihren persönlichen Beitrag zum Aufbau der DVR aus.

Die Veranstaltung endete mit einem Konzert von Künstlerkollektiven der Republik zum Internationalen Frauentag.

De.sputniknews.com: Was Lawrow und Gabriel in Moskau besprechen werden

Die Außenminister Russlands und Deutschlands, Sergej Lawrow und Sigmar Gabriel, sollen bei ihrem bevorstehenden Treffen in Moskau unter anderem die Regelung der Krise in der Ostukraine und die Förderung des Friedensprozesses in Syrien erörtern, wie das russische

Außenministerium am Dienstag mitteilte.

„Am 9. März wird der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel auf Einladung seines russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau kommen“, heißt es.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen sollen die russisch-deutschen Beziehungen sowie praktische Fragen der bilateralen Agenda, darunter die Umsetzung konkreter Projekte, behandelt werden.

„Unter anderem sollen die Seiten Meinungen über wichtige internationale Probleme, darunter die Erfüllung der Minsker Abkommen zur Regelung der Ukraine-Krise, die Förderung des Friedensprozesses in Syrien und der Normalisierung der Lage in Libyen, die Sicherheit in Europa und den Anti-Terror-Kampf austauschen.“

Auch die Kooperation zwischen Moskau und Berlin im Rahmen der G20, wo Deutschland zurzeit den Vorsitz innehat, soll erörtert werden, wie aus der Mitteilung ferner hervorgeht.

Abends:

Russland und USA: Engste Kooperation auf Schlachtfeld seit Zweitem Weltkrieg
Russische und amerikanische Soldaten patrouillieren zusammen in der Umgebung der syrischen Stadt Manbidsch, wie die britische Zeitung „The Times“ berichtet. Das ist die engste Zusammenarbeit zwischen Moskau und Washington auf dem Schlachtfeld seit dem Zweiten Weltkrieg.

Im April 1945 haben sich sowjetische und amerikanische Soldaten an der Elbe getroffen, wo sie einander die Hände schüttelten. Derzeit würden sie aber Kontakte meiden, obwohl sie sich nur acht Kilometer voneinander entfernt befänden.

Die Militärs patrouillieren dem Blatt zufolge in Dörfern, die 25 Kilometer südlich der türkischen Staatsgrenze liegen, wobei sie versuchen, die Kriegsparteien von Kampfhandlungen abzuhalten.

„Theoretisch agieren sie (russische und amerikanische Soldaten – Anm. d. Red.) als Puffer zwischen den rivalisierenden kurdischen und von der Türkei unterstützten Milizen. Sie demonstrieren dabei eine geopolitische Geschlossenheit zwischen beiden Seiten unter Präsident Trump“, schreibt die Zeitung.

Laut dem Pentagon-Sprecher Jeff Davis wissen die Militärs, wo sich die russischen bzw. die amerikanischen Soldaten bei Manbidsch befinden. Dabei würden sie sich nicht wünschen, mit noch jemandem anderen außer der Terrormiliz Daesh (IS, auch „Islamischer Staat“) in Konflikt zu kommen.

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh) hält weite Teile Syriens und des Irak unter ihrer Kontrolle. Eine einheitliche Front gegen die Terrormiliz gibt es nicht: Gegen den IS kämpfen irakische und syrische Regierungstruppen, aber auch Kurden sowie libanesisch- und irakische Schiiten. Eine von den USA geführte Koalition ist seit August 2014 in beiden Ländern aktiv. In Syrien bekämpft seit September 2015 auch die russische Luftwaffe die Dschihadisten.